

Gisela Erler

Demokratie in stürmischen Zeiten

Für eine Politik des Gehörtwerdens

Politische Erinnerungen

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2024
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: wunderlichundweigand, Schwäbisch Hall
Umschlagmotiv: © picture alliance / SZ Photo | Friedrich Bungert

Satz: Carsten Klein, Torgau
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-39668-7
ISBN E-Book (EPUB): 978-3-451-83279-6

Inhalt

Einleitung	II
Kapitel eins	23
65 rote Rosen – auf Spurensuche des Gehörtwerdens ...	23
Darum ausgerechnet Gisela Erler	24
Ein bahnbrechendes Manifest: Was ist ökolibertär?	26
Was mir fehlte: Sozialwissenschaft versus Politikwissenschaft	37
Das neue Einmaleins der Beteiligung	38
Kapitel zwei	45
Kulturschock im Machtzentrum	45
Schwerer Start: ein ungeliebter Volksentscheid	50
Zwischen allen Stühlen	52
Grüne Desillusionierung oder: Wann gilt ein Volksentscheid?	57
Die Gretchenfrage: Wie kommt der Wandel ins Land? ...	60
Kapitel drei	63
Im Auftrag meiner Eltern	63
Auch die Überwindung eines Traumas	67
Wie ich meinen Vater neu verstehen lernte	72
Klimapolitik versus Sozialstaat?	75
Noch ein Lernschritt: Föderalismus ohne Föderalisten ...	77
Landräte als kleine Fürsten	83
Kapitel vier	87
Badische Liberalität und württembergische Strenge	87
Neue Heimat, lieber ohne Bodenreform	89
Hand aufs Herz im Freiburger Fußballstadion	91

Schiller, Hegel, Hesse	94
Schwache Identität mit Bindestrich	96
Der bundesweit einmalige Aufstand	98
Quelle der Hoffnung	100
Kapitel fünf	103
Die Erotik einer Verwaltungsvorschrift und die grüne Null	103
Eulen aus Athen: die Wiederentdeckung des Losverfahrens	113
Aus der Praxis des Losverfahrens	117
Wer zu früh kommt, den bestraft das Leben	123
Unbekannte Pioniere: Vorarlberg und Ostbelgien	125
Kleines Land, große Wirkung: die Citizen Assembly in Irland	129
Frankreich: Bürgerdialoge statt Revolution? Leider nicht! ..	134
Kapitel sechs	143
The Länd: der Bürgerdialog als Regelfall	143
Ein Parlament geht voran	146
Kommunen als fruchtbare Beteiligungslandschaften	149
Gefühl größter Etappensieg	152
Und die junge Generation heute?	154
Schon mit 16 in die Räte?	155
Kapitel sieben	157
Der Bürgerrat erreicht die Bundesebene	157
Ein Aha-Erlebnis	164
Der Schatten der Revolution von 1918 und andere Bedenken	167
Mythen und Halbwissen: Repräsentativ? Stimmt ja gar nicht!	170
Von den Auftraggebern manipuliert!	171
Wir sind das Volk	174

Kapitel acht	181
Wiedergewählt für eine Mobilitätswende	181
Moralische Sollbruchstelle Migration	186
Ist Wokeness undemokratisch? Nein, aber	193
Dieser Zug ist abgefahren: der müßige Streit ums Gendern	196
Notizen zum Extremprotest von Klimaschützern	197
 Kapitel neun	 201
In Hirnen und Herzen nicht angekommen	201
Europa – Integration – Widerstand	202
Die Schweiz – so nah, so fern	207
Zur guten Nachbarschaft – und ein kleines bisschen zurück	211
Viele gute Ideen, wenig Geld	214
Erinnerungskultur als Abgrenzung zwischen den Nationen	216
Neues aus dem gallischen Dorf	218
Zufall auf Europäisch	221
EU konkret erfahrbarer machen	224
Von der Macht und Ohnmacht der Medien	228
 Kapitel zehn	 231
Zivilgesellschaft als Korrektiv und Zukunftstreiberin	231
Reisen bildet	233
Die grausame Wiederkehr von Grenzen: der Balkan	234
 Kapitel elf	 239
So sehr unter Druck	239
Herbstblues: Europa so mühsam	241
Erfundene Communitys: Was ist überhaupt eine Nation?	245
Ach, Israel	247

PS: Europa in 100 Jahren – »The Glorious Evolution«	255
Danksagung	259
Giselas Lesetipps	263
Weblinks zur Beteiligungspraxis	266
Glossar	267
Personenregister	271

»Hinter jedem Buch steckt mehr, als sein Autor weiß, weil es seine Ursprünge und Wurzeln in dessen innerstem Erleben hat, in jenem Netz aus Erfahrungen, Wünschen, Interessen, Ängsten, Hingaben, Rebellionen und Sehnsüchten, deren er sich nur zum Teil bewusst ist, weil klare Zonen der Oberfläche, aber auch weit zurückliegende oder versunkene seiner Persönlichkeit darin verwickelt sind.«

Claudio Magris

Einleitung

Falls Sie von mir ein Handbuch über gute Methoden der Bürgerbeteiligung erwarten, liebe Leserin, lieber Leser, so muss ich Sie enttäuschen. Das gibt es schon in hoher Qualität. Ich möchte Sie stattdessen in die mentale Entwicklungsgeschichte dieses Konzepts einführen. Es geht dabei auch um meine eigene Entwicklung von diffus linksfeministischen Ursprüngen hin zu einer liberal-ökologischen Haltung. Um politische Erinnerung, aber auch um einen Debattenbeitrag zur Zukunft der Demokratie.

Es ist nicht nur die übliche Geschichte von Jugendradikalität hin zur Mäßigung oder Resignation im Alter. Vielmehr bewegte mich schon seit meiner Zeit in der Studenten- und Frauenbewegung der große Gegensatz zwischen meinen eigenen Vorstellungen und dem, was unsere Nachbarn, unsere Verwandtschaft, meine früheren Klassenkameradinnen dachten und was die Wahlurnen immer wieder unbarmherzig ans Tageslicht brachten.

War das, was wir dachten, alles gänzlich falsch? Im Rückblick keineswegs – von der Kritik am Vietnamkrieg, am unverfrorenen Weiterwirken nationalsozialistischer Richter und hoher Beamter in Deutschland, an der griechischen Diktatur, an der Lage der Palästinenser in Israel über die Benachteiligung der Frauen bis hin zur Entdeckung der ökologischen Krise unserer Welt, das war nicht falsch. Aber weitgehend daneben lagen die meisten unserer politischen Lösungsvorstellungen, die mit der parlamentarischen Demokratie nicht sehr viel zu tun hatten.

Diese Kluft zwischen Problemwahrnehmung und einer politischen Lösung, ohne dabei alle Visionen aufzugeben, ist auch heute wieder bestimmend für viele Debatten, gerade rund um den Klimawandel. Mir ging und geht es seit Jahrzehnten darum, wie diese Polarität, bei ganz konkreten Fragen des Zusammenlebens,

in der Arbeitswelt oder in der großen Politik überbrückt werden kann.

Die meisten Menschen außerhalb der politisch engagierten Szenen, mit denen ich in all diesen Jahrzehnten zusammenkam, hatten im Kern das Gefühl, die Welt und die Demokratie bei uns seien doch einigermaßen in Ordnung. Zu viel Diskussion über das Verhältnis von Frauen und Männern sei anstrengend, der Klassenkampf vorüber, die Migration kein großes Problem – wenn es nicht zu viele Ausländer gäbe. Die Wiedervereinigung sei gelungen, wenn auch mit einigen Schönheitsfehlern, das Leben recht angenehm, Urlaub inklusive. Die Demokratie bei uns funktioniere jedenfalls eher mehr als weniger. Ganz im Unterschied zu vielen anderen Ländern auf der Welt.

Diese Wahrnehmungen waren ja auch nicht falsch – zumindest in Westdeutschland vor 1989. Deutschland hatte sich nach 1945 vom Krieg erholt und war reich geworden, bot vielen Menschen einen Platz an der Sonne und sogar im eigenen Häuschen. Es waren eher kleine aufmüpfige Gruppen, die diesen Konsens seit den 1960er Jahren infrage stellten – ausgehend von Jugendlichen und Frauen – und auf die dunklen Seiten der Gesellschaft hinwiesen.

Das Thema Umweltzerstörung war dabei schon sehr früh sehr vielen Menschen auch in der »Normalbevölkerung« bewusst. Es gab gerade bei der älteren, kriegserfahrenen Generation (noch) ein Unbehagen gegenüber der wachsenden Verschwendung, dem Massenkonsum und der anscheinend unaufhaltsamen Ein-ebnung von Landschaften und den Monokulturen, schon bevor der Klimawandel breit diskutiert wurde.

Allerdings wurden die mahnenden Stimmen und Bedenken der älteren Generation, auch meiner Mutter Käthe Erler, damals von uns Jüngeren lange einfach ignoriert. Wir genossen das unbeschwernte Reisen in alle Welt, die Freiheit von Fast Food und Autobahn, das Leben mit der Plastiktüte. Sparsamkeit war keine Tugend, Nachhaltigkeit keine Lebensidee. Die Älteren fühlten

sich demgegenüber oft ohnmächtig, waren dann aber doch bereit, für den Fortschritt und die angenehme neue Bequemlichkeit die Risiken der Umweltbelastung zu verdrängen. Es würde schon irgendwie gut gehen. Der Club of Rome und die neu entstehenden Grünen mit ihren Warnungen störten zwar dieses stillschweigende Einvernehmen, doch dauerte es Jahrzehnte, mehr als mein halbes Leben, bis daraus echter politischer Handlungsbedarf abgeleitet wurde. Eigentlich zu spät. Und bis sich plötzlich Krisen aneinanderreihen, die die Menschen scheinbar unerwartet trafen und heute zu einer verbreiteten ohnmächtigen Wut beitragen.

Nach alledem war es befreiend und wirklich beglückend für mich, in meinem Amt als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg in der Regierung von Winfried Kretschmann den konstruktiven Geist zu erleben, der in so vielen eher unpolitischen Menschen steckt – jenseits von Missgunst oder Wut.

Diese verschüttete Kraft gilt es freizusetzen für die Demokratie. Das ist möglich, wenn Menschen gründlich und sachlich mit den verschiedenen Seiten von strittigen Themen vertraut gemacht werden. Und darüber sprechen können, in einem geschützten Umfeld. Das gibt Selbstvertrauen und Urteilskraft. Das ist etwas völlig anderes als die normale Beschallung durch eine schwer verständliche und schrille Öffentlichkeit.

Dabei gilt es, die gegensätzlichen Positionen rund um strittige Themen gründlich und verständlich darzulegen. Etwa zu Wärme- wende, Windkraft, Mobilfunkmasten, Gentechnik in der Landwirtschaft und Zuwanderung. Es geht um eine Bühne auch für durchaus Unpopuläres, denn die Erfahrung zeigt, dass Menschen bei kluger, intensiver Bürgerbeteiligung auch Veränderungen akzeptieren, die sie sonst vehement abgelehnt hätten, zum Beispiel in der Verkehrspolitik.

Positive Bürgerenergie im Dialog ist etwas anderes als Massenwut. Sie ist ein Überlebenselixier für die parlamentarische

Demokratie gerade in diesen schweren Zeiten. Sie denkt über die Kurzfristigkeit von Wahlperioden und über die engen Grenzen von Meinungsumfragen hinaus. Sie entwickelt konkrete Lösungsvorschläge. Und bleibt nicht stecken in abstrakten Visionen oder Fundamentalkritik. Das jedenfalls ist die Quintessenz meines politischen Erlebens und Handelns.

Ich schreibe dies für diejenigen, die in den vergangenen Jahren unsere spannende Entdeckungsreise in die Neubelebung der Demokratie miterlebt und mitgestaltet haben, in Baden-Württemberg und darüber hinaus. Für politische Aktivistinnen ebenso wie für Gemeinderäte. Für Ältere, die ähnliche Wege gegangen sind. Und ganz besonders für die Jungen, denen die Politik zu langsam ist. Für alle, die angesichts der großen Gräben und riesigen Probleme die Hoffnung und Fantasie verloren haben, wie richtige nächste Schritte gefunden und gegangen werden können. Aber auch für Leute, die einfach neugierig darauf sind, was mit der Politik des Gehörtwerdens eigentlich bezweckt wird und warum ich versucht habe, sie umzusetzen. Im Auftrag von Winfried Kretschmann, aber mit eigenen Akzenten und Fehlern.

Das Buch folgt meinem politischen Werdegang: aus einer bekannten sozialdemokratischen Familie stammend, über die Studentenbewegung, einen höchst kontroversen Mütterfeminismus hin zur Gruppe der ökolibertären Grünen, die schon zu Beginn der 1980er Jahre für eine Überwindung des zerstörerischen Industriezeitalters eintraten, allerdings nicht mit der Vision des Sozialismus, sondern mit der einer geordneten Marktwirtschaft. Das war zu jenen Zeiten im linken und grünen Umfeld höchst unpopulär und ist es dort teilweise heute noch immer oder wieder. Doch hier liegen die Wurzeln für die Politik des Gehörtwerdens, die Winfried Kretschmann 2011 postulierte und die dann im Bundesland Baden-Württemberg unter vielen Geburtswehen, nach äußerst zähem Klein-Klein zwischen Ministerien, Wirtschaft, Verwaltung, Kommunen und Bürgern schließlich doch

Gestalt annahm. Für die Umsetzung hatte Kretschmann mich in seine erste Koalition aus Grünen und SPD berufen. In diesem Ehrenamt mit Kabinettsrang erlernte ich mit zarten 65 Jahren das Alphabet der praktischen parlamentarischen Demokratie.

Wie die meisten Menschen hatte ich bis dahin keine konkreten Vorstellungen davon, welche mühselige Schritte es braucht, bis eine politische Idee in ein Gesetz gegossen ist, welche Hürden gemeistert und welche Kompromisse dabei unweigerlich geschmiedet werden müssen.

In diesem Amt und bei meinen vielfältigen neuen Begegnungen mit dem Bundesland, in dem ich aufgewachsen, aus dem ich aber mit 19 Jahren sozusagen geflüchtet war, begegnete ich auch dem Wirken meines sozialdemokratischen Vaters Fritz anders als zuvor. Mit ganz neuen Augen und neuem Respekt sah ich auf ihn, den früheren Berliner Beamten, den Widerstandskämpfer und politischen Häftling Hitlers, den als von den Franzosen eingesetzten Landrat in Biberach und den jungen SPD-Abgeordneten im Bundestag, der sich vehement gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik gesträubt hatte, um schließlich Wehrexperte der SPD zu werden – und der 1967 mit 53 Jahren viel zu früh starb.

13 Jahre nach unserem Regierungsantritt 2011 ist Baden-Württemberg unstrittig, aber weithin unbeachtet von der großen Öffentlichkeit das deutsche Bundesland mit der am weitesten entwickelten systematischen Bürgerbeteiligung. Das zahlt sich trotz des starken Zuwachses der AfD in Baden-Württemberg immer noch aus: messbar in einer überdurchschnittlich großen Demokratiezufriedenheit seiner Bürgerinnen und Bürger und sichtbar in der deutlichen Verminderung von Konflikten rund um Infrastrukturvorhaben.

Beteiligung im Dialog, insbesondere mit Bürgerräten auf der Basis von Zufallsauswahl, breitet sich in ganz Europa als veritable Welle aus. Gegenwärtig wird sie in Berlin und Brüssel institutio-

nell verankert und mit den Entscheidungsprozessen der Politik verzahnt. Dazu haben wir mit unserer Arbeit in Baden-Württemberg erheblich beigetragen – obwohl wir die Methode keineswegs erfunden haben.

Das ist mehr, als ich anfänglich zu hoffen wagte. Es ist vielversprechend, weil erstmalig eine echte Verknüpfung solcher Beteiligungsformate mit der Politik, also mit Regierungen und Verwaltungen, stattfindet und so eine höhere Wirksamkeit als bei reinem Protest oder freischwebenden Debatten entsteht. Strukturierter Dialog verwandelt Protest oftmals in konstruktives Handeln aufseiten der politisch Verantwortlichen.

Nicht alle Konflikte lösen sich durch Dialoge auf, nicht jedes Infrastrukturvorhaben wird allgemein akzeptiert. Die Spannung zwischen Markt und Staat verschwindet nicht, so wenig wie der Kapitalismus oder irgendein Nachbarschaftsstreit. Der Klimawandel wird nicht gestoppt, der Krieg nicht beendet, die Flüchtlingskrise nicht aufgelöst durch Bürgerdialoge. Wenn die jungen Klimaaktivisten der Letzten Generation alle Hoffnungen auf einen Gesellschaftsrat setzen, so ist dies eindeutig übertrieben. Denn auch ein zufällig ausgeloster Gesellschaftsrat kann nicht die notwendigen Abstimmungsprozesse der Politik und der Parteien außer Kraft setzen. Er würde allerdings mit einiger Wahrscheinlichkeit zeigen, dass die Menschen in Deutschland durchaus zu mehr Veränderung bereit sind, als die Politik gemeinhin unterstellt. Und er würde ihnen erlauben, polemische Argumente etwa gegenüber Wärmepumpen oder einem Tempolimit sachlich zu entkräften.

Für buchstäblich jedes strittige Thema lassen sich mit Menschen aus unterschiedlichsten Milieus gemeinsam sinnvolle Handlungsvorschläge für Parlament oder Regierung erarbeiten. Öfter als gedacht werden sie auch teilweise umgesetzt, denn sie genießen meist hohes öffentliches Ansehen über Parteigrenzen hinaus. Diese Methode hat nicht die öffentliche Dramatik des Volks-

entscheid, des »Alles oder nichts« – aber im demokratischen Rahmen entfaltet sie spürbare Wirkung.

Die wichtigste Erkenntnis dazu lautet: Es braucht weniger ein Umdenken in der Bevölkerung als vielmehr eine neue Haltung in Verwaltung und Politik. Viele Bürgerinnen und Bürger sind den Regierungen in ihrer Bereitschaft zu mutigen Veränderungen, gerade im Bereich der Klimapolitik, weit voraus, da sie langfristiger und nicht in Wahlperioden oder Mehrheiten denken (müssen). Die Beschränktheit des politischen Horizonts auf kurzfristiges Denken und Handeln ist inzwischen das größte Risiko für die Funktionsfähigkeit der Demokratie – und vielleicht sogar für die Bewohnbarkeit des Planeten.

Verwaltung und Politik brauchen eine Einstellung, die Expertenwissen nicht automatisch als überlegen betrachtet. Und die vor allem bereit ist, ihr Wissen umfassend zu teilen. Eine Haltung, die anerkennt, dass in anderen Meinungen richtige Erkenntnisse stecken können, die Vorschläge von Bürgerinnen tatsächlich aufgreift, wenn sie sinnvoll und machbar sind. Bürgerdialoge bieten einen geschützten Raum für grundsätzliche Diskussionen auf Faktenbasis – heutzutage eine Kostbarkeit. Moderne dialogische Beteiligung ist auch implizit feministisch, denn Frauen neigen im Durchschnitt eher als Männer zum Ausgleich als zur harten Abgrenzung. Sehr viele Frauen nehmen daher gar nicht erst an Debatten teil, die nur von Streit bestimmt sind.

Dialogische Beteiligungsformate werden oft verdächtigt, den Parlamentarismus zu schwächen: Das tun sie nicht, im Gegenteil. Sie beraten Parlamente und Regierungen gerade ohne verbindlichen Anspruch auf Umsetzung ihrer Ideen. Die zentrale Anforderung an Regierung und Parlament seitens der Bürgerdialoge ist vielmehr die inhaltliche Befassung mit den Themen. Und die ehrliche Antwort. Das meint die Politik des Gehörtwerdens. Sie heißt ja nicht Politik des Zuhörens und auch nicht »Politik der Entscheidung durch das Volk«. Genau darin liegt ihre Wirksam-

keit. Denn gerade dies ermöglicht es den Verantwortlichen, eigene Denkblockaden zu überwinden.

Umgekehrt stehen Bürgerdialoge oft im Verdacht, sie wollten den Protest abwürgen und radikale Veränderungen im Keim ersticken – im Gegensatz zur direkten Demokratie. Bei einem Volksentscheid kann das Wahlvolk rechtlich bindende Entscheidungen treffen. Volksentscheide führen jedoch häufig zu extremer Polarisierung. Sie sind außerdem aufgrund ihres langen Vorlaufs nur selten anwendbar und damit keineswegs für jeden Konflikt geeignet. Sie können zwar durchaus befriedend wirken, sollten aber unbedingt mit umfassenden neutralen Informationen über die Medien und dialogorientierten Beteiligungsformaten vorbereitet werden. In Baden-Württemberg gibt es auf kommunaler Ebene inzwischen sehr erfolgreiche Kombinationen von Bürgerdialogen und nachfolgendem Bürgerentscheid, etwa bei Industrieansiedlungen. Dabei gelingt es oft, die Menschen vom Sinn eines Projekts zu überzeugen. Oft werden wichtige Anliegen berücksichtigt, die zu Beginn außer Acht geblieben waren, was die Größe, die Gestaltung oder die finanziellen Beteiligungen seitens der Kommune anbelangt.

In Berlin ist mit der Einführung eines bundesweiten Volksentscheids in näherer Zukunft ebenso wenig zu rechnen wie in Europa – nicht zuletzt aus Sorge vor populistischem Missbrauch. Wie das bekannteste Beispiel Brexit zeigt, wurde von Befürwortern skrupellos gelogen, nie ehrlich über die möglichen Risiken diskutiert, und es wurden nicht einhaltbare Versprechungen gemacht. Doch mit zufallsbasierten Bürgerräten wird auch auf Bundesebene eine neue bürgernahe Säule in den Entscheidungsprozess eingebaut, der die Politik vor vermeidbaren Fehlern bewahren kann.

Gute Beteiligung setzt eine aktive Zivilgesellschaft, Protest und Kritik voraus. Denn gerade aus der Unzufriedenheit und dem Engagement der bunten Zivilgesellschaft speisen sich viele Themen für demokratische Weiterentwicklung. Dabei kann es ebenso

um die Planung fahrradfreundlicher Kommunen gehen wie um Sterbehilfe, europäische Asylpolitik oder die Gesetzgebung zum heiklen Thema Gender und Transgender.

Dialogorientierte Bürgerbeteiligung erweitert und vertieft den öffentlichen Diskussionsraum und verbindet ihn mit dem politischen Entscheidungsprozess. In diesem Sinn ist sie immer positiv und immer nach vorn gerichtet. Gerade das wird ihr von vielen Seiten vorgeworfen, die unter Bürgerbeteiligung nur negative Kritik verstehen wollen. Der Publizist Henrik M. Broder verstieg sich dazu, Bürgerräte als eine Art Bürgerwehr im Sinn der Herrschenden zu bezeichnen. Doch vielleicht hat er sogar gar nicht unrecht, denn es geht um die Verteidigung der Demokratie gegen Hass, Hetze und Demagogie, aber auch gegen die Apathie.

Ich selbst habe lange Jahre gebraucht, diesen konkreten Zugang zur Politik zu finden, und bin überzeugt davon, dass er sehr wichtig für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern Europas ist. Europa wird in Zukunft keine dominante Rolle mehr auf der Weltbühne spielen, selbst wenn es seinen Wohlstand wahren können sollte. Dies wird bewusst oder unbewusst von vielen als Kränkung erlebt. In Zukunft wird es in der Demokratie nicht mehr vor allem um die Verteilung von wachsendem Wohlstand gehen, sondern um den Umgang mit schwindenden Wohlstandshoffnungen, darum, für die Zukunft einschneidende Veränderungen durchzusetzen – im Konsens mit den Menschen.

In Deutschland wirkt der Niedergang des Verbrennungsmotors, dieses Augapfels des bisher so erfolgreichen Autolandes, als Bedrohung für das nationale Selbstbewusstsein. Nun schmilzt dieser Respekt buchstäblich in Wind und Sonne dahin. Dabei hatten viele unserer Landsleute schon mit dem Abschied von der D-Mark gerungen. Diese Kränkung lässt sich durchaus vergleichen mit dem Niedergang des britischen Imperiums oder dem Verlust der Kolonien in Frankreich. Für die Bevölkerung sind dies schmerzhaften, längst nicht abgeschlossene Prozesse. Europa wird

seine Menschen intensiv einbeziehen müssen, wenn es nicht zerbrechen will an seinen inneren Widersprüchen oder den Sirenen gesängen autoritärer, illiberaler und nationalistischer Illusionen.

Dies ist zumindest meine wichtigste Lernerfahrung aus den vergangenen Jahrzehnten. Meine politische Autobiografie schließt an das Denken meiner sozialdemokratischen Familie an. Diese war geprägt durch Krieg und Nationalsozialismus. Und den starken Wunsch meiner Eltern nach Versöhnung in Europa. Die Struktur der Europäischen Union ist im Werden und noch lange nicht fertig. Es gibt kein genaues Vorbild. Ich möchte nicht verschweigen, dass mir das Habsburgerreich zwar nicht als Modell vorschwebt, aber mit seiner Toleranz für Vielfalt doch eher als Inspiration dient als das rigide Preußen. Ein Gebilde aus vielen Kulturen und Nationen, das die Erdöl- und Erdgaswirtschaft hinter sich lässt, das lernen muss, mit den Belastungen einer neuen, vorwiegend selbst erzeugten Heißezeit zu leben, mit Stürmen, Fluten und Dürren, und das gleichzeitig nach und nach – endlich – Abschied nehmen muss von der Ausbeutung des Globalen Südens. Das auch lernen muss, sich militärisch gemeinsam zu verteidigen, das in der Migrationspolitik deutlichere Grenzen ziehen muss bei einer gleichzeitig wachsenden legalen Zuwanderung. Ein Europa, das gewiss kein Paradies sein wird, aber hoffentlich die parlamentarische Demokratie und sein weltweit herausragendes, wenngleich keineswegs perfektes Sozialstaatsprinzip bewahrt. Und zwar durch die und nicht trotz der konsequenten Beteiligung seiner Menschen.

Das wird den Kontinent von vielen anderen Weltregionen unterscheiden. Europa hat vor etwa 2500 Jahren in Athen die Demokratie erfunden. Sie währte mit Einschränkungen bis zum Ende der römischen Republik um Christi Geburt. Es folgte die Logik von Kaiserreich, Völkerwanderung, kriegerischen Wirren, Kreuzzügen, Christianisierung, mühseliger feudaler Staatsbildung. Die Demokratie war vergessen. Erst mehr als 1500 Jahre später, mit der Renaissance, der Aufklärung, mit der Amerika-

nischen und der Französischen Revolution, wurden die demokratischen Wurzeln wieder freigelegt und Schritt für Schritt verwirklicht. Nach der relativ ruhigen Phase seit 1945 und den globalen Umwälzungen seit 1989 muss es seine demokratischen Wurzeln in einem völlig neuen Umfeld wieder kräftigen. Ohne Kolonien, trotz Militärbündnissen weitgehend auf sich allein gestellt. Wenn Europa es versäumt, die Menschen dabei mitzunehmen, wird es einen hohen Preis zahlen, nämlich den erneuten Verlust der Demokratie. Wie in vielen anderen Teilen der Welt.

Die kommenden sehr konkreten Veränderungen in der Lebensführung fordern und ärgern viele. Diese vielen aber sollten zu Partnern werden statt zu vermeintlichen Opfern dieser Anpassungen. Demokratie ist kein Lieferservice, sondern sie erfordert Mitdenken und Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger, wie Winfried Kretschmann formuliert. Sie ist kein Schlafwagen in eine bequeme Zukunft, sondern sie bedeutet Zumutungen. Dabei ist es wichtig zu erkennen, wo die Hauptursachen für heranziehende Stürme liegen. Offensichtlich spielen die wenigen Supervermögenden und die fossil orientierten Industrien sowie Finanzinvestoren dabei eine erheblich größere Rolle als die vielen Geringverdienenden. Jede Transformation kennt Gewinner und Verlierer, aber in einer Demokratie müssen die Gewinne und Belastungen einigermaßen fair verteilt werden. Darum zu ringen geht über Parlamente hinaus. Und dafür braucht es Dialog auf allen Ebenen.

Dies gilt heute so sehr, wo die Demokratie vielen kraft- und hilflos erscheint. Selbst in Deutschland finden Gedanken wieder Zuspruch, die historisch überwunden schienen. Extreme Parteien und Persönlichkeiten machen Hoffnung auf einfache Lösungen und finden Gehör, obwohl das Land durch seine Geschichte lange dagegen gefeilt schien. Die Sirenenklänge der Verführung reichen vom Versprechen, dass der Klimawandel keine schlimmen Folgen haben werde, bis hin zur groben Vertreibungsphantasie von Millionen Menschen. Kern ist dabei die Überwindung von eigenen

Ängsten durch harte Abgrenzung gegen ein Gegenüber, seien es Flüchtlinge, Klimaaktivisten oder queere Personen. Und die Bundesregierung, die 2021 hoffnungsvoll aufbrach mit dem Versprechen, ihre gegensätzlichen Auffassungen konstruktiv zu verknüpfen und gerade damit Antworten auf die verschiedenen Krisen zu entwickeln, zerfasert im Streit. Sie hinterlässt auch bei mir ein körperlich schmerzhaftes Vakuum an Führung und Orientierung – wiewohl sie Sachthemen durchaus erfolgreich voranbringt.

Dann, im Januar 2024, trat die Zivilgesellschaft auf den Plan, brach einen Bann. Menschen verteidigten zu Hundertausenden auf den Marktplätzen friedlich nicht Einzelinteressen, sondern unsere freiheitliche Grundordnung als solche. Ein Gefühl der Erleichterung keimte in mir auf, dass das unausweichlich scheinende Abrutschen in sehr rechte Politik gestoppt werden könnte, dass die Demokratie auch weiterhin ihre Chance hat. Wenigstens in Europa.

Aber es eilt: Bis etwa 2016, bis zum Amtsantritt von Donald Trump in den USA, herrschte bei uns in der Politik der Wettstreit von Parteien, der sich in der Regel auf allgemein anerkannte Tatsachen stützte. Lügen galten als Skandale. Politiker wie mein Vater und die Gründergeneration der Bundesrepublik standen fest auf diesem Fundament. Auch Winfried Kretschmann meinte gegenüber wütenden Bürgern zu Beginn seiner Regierungszeit noch oft: „Zahlen kann man nicht anschreien.“ Er irrte sehr. Diese Zeiten sind vorbei. Viele Menschen stören sich gar nicht mehr an Unwahrheiten – im Gegenteil: je unwahrer, desto überzeugender! Eine rabiate Lust daran feiert Urstände im Umfeld rechtsradikaler Parteien. Wer erst einmal in diesem Denken angekommen ist, findet schwer zurück. Um dem entgegenzutreten, braucht es dringend neue Verbindungen der Demokratie mit den Menschen, neue Methoden. In Deutschland und der EU. Es eilt wirklich.

Berlin, im Januar 2024